

## **Eine Verfassungsgrundlage für eine koordinierte Familienpolitik**

Am 23. August hat die Kommission der parlamentarischen Initiative Hochreutener „Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik“ Folge gegeben. Dies ist ein erster Schritt zu einer Koordination der Familienpolitik auf Bundesebene. Mit ihrem Ja zur Initiative hat die SGK-Nationalrat erkannt, dass die Förderung der Familie ein sehr wichtiges Anliegen ist, das auch entsprechend in der Bundesverfassung festgeschrieben werden soll. Die Initiative hält drei Hauptstossrichtungen fest:

- Die Familienpolitik von Bund und Kantonen soll koordiniert werden und die Kompetenzen des Bundes werden verstärkt.
- Die Familien sollen bei den Steuern und den Sozialversicherungen entlastet werden.
- Der Bund soll Tagesstrukturen unterstützen können.

Bisher hat der Bund in der Familienpolitik punktuelle Aufgaben und Kompetenzen vor allem bei den Leistungen der Sozialversicherungen und bei der Wohnbauförderung. Diese Situation hat sich historisch entwickelt, aber sie ist unbefriedigend. Gewählt werden jeweils nicht jene Instrumente, welche am effizientesten sind, sondern jene Massnahmen, für die eine Verfassungsgrundlage besteht.

In den letzten Jahrzehnten sind die Kosten für Kinder massiv gestiegen. Kinder erhalten heute eine bessere und damit auch längere Ausbildung. Zugleich sind die Berufschancen für Frauen wesentlich gestiegen. Frauen haben bessere Berufschancen und verdienen mehr als noch in den Fünfziger- und Sechzigerjahren. Wenn sie wegen der Kindererziehung ihre berufliche Tätigkeit einschränken, verzichten sie also auf ein grösseres potentielles Einkommen. Beide Entwicklungen sind selbstverständlich zu begrüssen. Die Ziele, dass alle Kinder eine Berufsausbildung erhalten und Frauen gleiche Berufschancen und Löhne wie Männer erhalten, sind selbstverständlich weiter zu verfolgen. Zugleich muss aber auch ein Ausgleich für die gestiegenen Kinderkosten geschaffen werden.

Der – vor allem in der SVP - vertretene Standpunkt, Kinder zu haben, sei Privatsache und der Staat habe deshalb nichts zur finanziellen Entlastung der Familien zu tun, ist kaum haltbar. Sinkende Kinderzahlen schaffen einerseits Probleme für die Sozialversicherungen und andererseits kann die Nachfrage nach Arbeitskräften nur durch Einwanderung gedeckt werden, was wiederum zu Integrationskosten führt. Es ist es deshalb nicht nur gerechter sondern auch ineffizienter, wenn man es Menschen, die gerne Kinder haben möchten, ermöglicht, diesen Wunsch zu realisieren.

Die Initiative geht vom Prinzip aus, dass nicht nur Familien mit kleineren Einkommen zu entlasten sind. Damit stellt sie sich in Gegensatz zur sozialdemokratischen Vorstellung, dass das Ziel der Sozialpolitik nur eine zusätzliche Umverteilung zugunsten kleinerer Einkommen

sein dürfe. Gerade bei mittelständischen Familien sind die Kinderkosten beträchtlich und werden heute kaum von der Gesellschaft mitgetragen. Deshalb sieht die Initiative auch eine Entlastung bei den Steuern von Bund und Kantonen vor.